



Bereits fünf Prozent Junge sind arbeitslos

Die Zahl junger Arbeitsloser steigt stark an. Die SP fordert, dass Lehrabgänger ihre Stellen behalten können. Die Zürcher Kantonalbank entspricht dem Wunsch der Sozialdemokraten.

Von **Christine D'Anna-Huber**

Bei den 20- bis 24-Jährigen stieg die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten markant an. Gegenüber dem Vorjahr hat sie laut dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) um 38 Prozent zugenommen. Während die durchschnittliche Arbeitslosenrate im März 3,4 Prozent betrug, erreichte sie in diesem Alterssegment 5,1 Prozent. Damit sind mehr als 22 000 junge Schweizer zurzeit arbeitslos. SP-Präsident Christian Levrat bezeichnete diese Tatsache gegenüber der Westschweizer Zeitung «Le Matin» als «soziale Bombe» und zog Parallelen zu den Massenunruhen in Griechenland. Wirtschaftsministerin Doris Leuthard wies den Vergleich umgehend als verantwortungslos zurück.

Doch nicht nur der linke Parteipräsident, auch Thomas Daum, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, sagt, dass die steigende Jugendarbeitslosigkeit «sehr aufmerksam verfolgt» werden müsse. Wirtschaft, Politik und Verbände seien sich darin grundsätzlich einig, «ohne gleich den Teufel in allen Dimensionen an die Wand zu malen», wie es Daum ausdrückt.

Doch darüber, ob und welche neuen Massnahmen nötig seien, um Lehrstellen zu schaffen und Berufseinsteiger zu unterstützen, gehen die Meinungen auseinander. Am Freitag hat die SP in Bern ihren Aktionsplan gegen die «desolaten Aussichten für Berufsnachwuchs» präsentiert. Sie fordert, der Bundesrat müsse die Jugendarbeitslosigkeit in einem vorgezoge-

nen dritten Konjunkturpaket dringend angehen. Dabei gehe es nicht in erster Linie um Geld, erklärte SP-Vizepräsidentin Pascale Bruderer, sondern darum, jungen Leuten eine Perspektive zu geben.

Sozialdemokraten machen Druck

Die Vorschläge der SP umfassen sieben Punkte. Die Partei regt unter anderem ein Spitzengespräch aller Parteien und Sozialpartner mit dem Wirtschaftsausschuss des Bundesrats an. Sie möchte, dass der Bund verstärkt eigene Projekte zugunsten von Jugendlichen initiiert, die keine Lehr- oder Arbeitsstelle finden. Und sie verlangt, dass die Gelder, die Gemeinden, Kantone und der Bund für Brückenangebote bezahlen, wirkungsvoller eingesetzt werden – etwa durch den Ausbau von Basislehrjahren. Weiter regt die SP an, Anreize für Lehrbetriebe zu schaffen, damit diese Jugendliche nach dem Ende der Lehre weiterbeschäftigen. Als Vorreiter dieses Modells fungiert die Zürcher Kantonalbank (ZKB), die gestern bekanntgab, allen 105 Lehrabgängern einen unbefristeten Ar-

beitsvertrag anzubieten. Überdies hält die ZKB das Lehrstellenangebot im 2010 ungeachtet der Rezession gleich hoch, wie im vergangenen Jahr, wie es in einer Mitteilung heisst. Die SP verlangt nun, dass auch Bund, Kantone und Gemeinden ein Zeichen setzen sollen und alle ihre Lehrabgängerinnen nach Lehrabschluss weitere 18 Monate arbeiten lassen. Zudem sollen arbeitslosen Lehrabgängern Gutscheine über 5000 Franken für Weiterbildungen an von Bund oder Kantonen anerkannten Fachhochschulen gewährt werden.

Dieser Vorschlag stösst auf gemischtes

Echo. «Zu pauschal und im Moment noch nicht notwendig», sagt Thomas Daum, während FDP-Sprecher Damien Cottier darin eine unnötige Verteuerung der Arbeitskosten sieht. FDP und Arbeitgeber-

Die ZKB offeriert allen Lehrabgängern unbefristete Arbeitsverträge.

verband sind der Meinung, dass zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zuerst einmal der Spielraum ausgeschöpft werden sollte, den die Arbeitslosenversicherung mit Weiterbildung und Berufspraktika schon heute bietet. Mit demselben Argument hatte der Bundesrat in der Frühlingsession einen ersten SP-Vorstoss

zur Einführung von Weiterbildungsgutscheinen abgelehnt. Die CVP verweist darauf, dass Wirtschaftsministerin Doris Leuthard verschiedene Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bereits vorbereite. Andrea Ruckstuhl vom Kaufmännischen Verband Schweiz (KV) – der seine eigenen

Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit am kommenden Freitag präsentiert – findet die Stossrichtung der SP-Vorschläge hingegen «absolut richtig». Angesichts der erschreckenden Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit und der Tatsache, dass ein neuer Jahrgang von Lehrabgängern auf den Arbeitsmarkt drängt, dürfe es jetzt nicht darum gehen, Massnahmen gegen Massnahmen auszuspielen, sagt Ruckstuhl: «Je vielfältiger der Ansatz, desto besser.»